Ausgabe 3 | September 2017

Die offizielle Zeitung
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Zukunfts-perspektiven für Bayerns Regionen

Zukunftskonzept
Der Alpenraum im Jahr 2030

Enquete-Kommission
Gleichwertige Lebens-verhältnisse in Bayern

#BILDUNG_DIGITAL
Für eine nachhaltige Digitalisierungsstrategie

Mit Hubert Aiwanger für Sie im Landtag: die weiteren Abgeordneten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in alphabetischer Reihenfolge

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie, Jugend und Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss, wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher, sportpolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes, frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Alexander Muthmann, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher, bildungspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Dr. Karl Vetter, MdL

Gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Zukunftsperspektiven für Bayerns Regionen

Liebe Leserinnen und Leser,

als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns seit Jahren dafür ein, dass der ländliche Raum attraktiv bleibt und weiterhin Zukunftsperspektiven bietet. Dafür gibt es keine Patentrezepte, die man allen Regionen Bayerns einfach überstülpen könnte. Vielmehr müssen die Lösungen passgenau auf die einzelnen Regionen und ihre spezifischen Bedingungen entwickelt werden. Auf einem Parlamentarischen Abend sind wir deshalb der Frage nachgegangen, wie wir den Alpenraum auch für die Zukunft als lebenswerten Raum erhalten können.

Trotz allem gibt es aber auch einige Grundvoraussetzungen, die in ganz Bayern erfüllt sein müssen. Dazu gehört eine leistungsfähige Breitbandversorgung auf dem aktuellen Stand der Technik. Wir FREIE WÄHLER fordern, die Chancen der Digitalisierung endlich auszuschöpfen. Bayern muss unbedingt mehr Ambitionen in den Glasfaserausbau legen, ansonsten verlieren wir den Anschluss – gerade im ländlichen Raum. Es wird daher höchste Zeit, dass der Breitband-Internetzugang zur Grundversorgung zählt. Dies hat Schwarz-Rot im Bund bisher verschlafen.

Ein wesentliches wirtschaftliches Standbein in ländlichen Gebieten ist die Landwirtschaft. Das muss auch in Zukunft so bleiben. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns daher ganz vehement für eine familiengeführte bäuerliche Landwirtschaft ein. Gerade die kleinen Betriebe aber leiden oftmals besonders unter überbordenden Regulierungen. Ein Beispiel sind die sogenannten Milchtankstellen. Sie sind für einige Milchviehhalter eine wichtige zusätzliche Einnahmequelle. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass sie ohne großen bürokratischen Aufwand erhalten bleiben. Mehr dazu und über unsere weitere parlamentarische Arbeit lesen Sie in dieser Ausgabe.

Ihr Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Maximilianeum
Max-Planck-Str. 1, 81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. i. S. d. P.
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1, 81675 München

Redaktion
Thorsten Glauber

Bildnachweis
S. 7, 17 (unten): Nic Hartung; S. 20 (unten), 24/25, 28, 29: Gottfried Obermair; S. 31 (oben): privat; Thinkstock; Fotolia

Artdirection und Design
CUBE werbeagentur gmbh

Inhalt

Parlamentarischer Abend „Alpenraum 2030“ 6
Milchtankstellen 8
Bienen schützen – Bauern stärken. 9
Black Box „Wirtschaftsförderung“ 10
Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung 11
Keine Steuererhöhung durch den Brexit 12
Wochenarbeitszeit in der Gastronomie 13
Kein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge 14
Familienland Bayern?. 15
Parlamentarischer Abend zur Zukunft der Bundeswehr 16
Keine 3. Startbahn für München 18
Interpellation „Bewegtes Lernen 2020“ 19
Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern: Interview mit Alexander Muthmann, MdL 20
Hebammen händeringend gesucht. 22
Antisemitismus bekämpfen 23
Parlamentarischer Abend „Arm, aber sexy – freie Kunst- und Kulturszene in Bayern“. 24
Antragspaket #BILDUNG_DIGITAL 26
Aus der Kommunalpolitik in den Landtag: Unterbringung anerkannter Asylbewerber 27
Kinderfeuerwehr 28
Fraktion vor Ort 29
Abgeordnete im Porträt: Joachim Hanisch 30
Was sonst noch los war 31
Kurz berichtet 31
Zahl des Quartals. 31

Orange markierte Themen werden auf dem Titel erwähnt.

Parlamentarischer Abend

Alpenraum 2030 – neue Wege in zeitloser Schönheit

Der landschaftliche Reiz des bayerischen Alpenraums ist weltbekannt. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir diese zeitlose Schönheit unserer alpenländischen Heimat dauerhaft erhalten. Doch gerade diese Region ist von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen. Der Rückgang des Permafrostes und vermehrte Starkregenfälle haben für die Menschen in der Region dramatische Auswirkungen. Die Vegetation ändert sich, Wildbäche werden zu reißenden Strömen und halbe Berghänge geraten in Bewegung. Daher muss auch im Alpenraum die Energiewende greifen. Elektromobilität, Car-Sharing und insbesondere die Nutzbarmachung nachhaltiger Energiegewinnung sind dabei wichtige Bausteine.

> „Zwei Grad Erwärmung bedeuten eine Verschiebung der Vegetationszone um rund 200 Höhenmeter."
>
> *Florian Streibl, MdL*

Klimaschutz und Elektromobilität, aber auch die Frage nach dem Erhalt von Baudenkmälern waren deshalb Themen bei unserem Parlamentarischen Abend „Alpenraum 2030 – neue Wege in zeitloser Schönheit". Mit Gästen und Experten diskutierten wir über drängende Fragen für die Zukunft unserer Alpenregion.

Am Beispiel seiner Gemeinde Schwaigen erläuterte Bürgermeister Hubert Mangold die äußerst günstigen Voraussetzungen der Region für die Energieautarkie. Zwei Drittel des Gemeindeeinzugsgebiets Schwaigen bestehen aus Wald, sodass der Energieträger Holz dort eine ebenso große Rolle spielt wie die Photovoltaik. Die

> „Einen Nationalpark Ammergebirge lehnen wir klar ab. Es kann nicht sein, dass hierzulande ganze Wälder stillgelegt werden, während wir viel Geld ausgeben, um Pellets aus den USA zu importieren."
>
> *Dr. Leopold Herz, MdL*

Carsharing-Stromtankstellen in Schwaigen speisen sich überwiegend aus Sonnenkraft – diese Nutzung ist wirtschaftlicher, als den überschüssigen Strom ins öffentliche Netz einzuspeisen. Gleichzeitig kritisierte Mangold die Staatsregierung, weil sie die Kommunen nicht ausreichend unterstützt.

Energie aus bayerischen Wäldern kann einen bedeutenden Beitrag zur Energieautarkie bayerischer Städte und Gemeinden leisten, erklärte Florian Diepold-Erl, der Klimaschutzmanager des Landkreises Garmisch-Partenkirchen. Er schätzt das Potenzial zur Steigerung der Holzvermarktung mit Pellets und Hackschnitzeln auf rund 30 Prozent. Eine solche Holzausbeute ist nachhaltig möglich, ohne dem Wald zu schaden. Allerdings muss dazu die Politik kleinen Privatwaldbesitzern attraktivere Angebote machen.

Die Architektur im bayerischen Voralpenland ist weltweit einmalig. Allerdings kollidiert hier Denkmalschutz oft mit Erfordernissen wie der Schaffung dringend benötigten Wohnraums. Auch der Denkmalschutz im südbayerischen Raum war deshalb Thema des Abends. Über die Vielfalt von Denkmälern sowie über die besonderen Erfordernisse des Denkmalschutzes im Alpenraum berichteten BLfD-Abteilungsleiter Dr. Walter Irlinger und der Historiker Anton Brandner. Der bayerische Alpenraum war immer schon eine wichtige Brücke in den Süden. Das hat sich in der Bau- und Lebensweise niedergeschlagen. Bau- und Bodendenkmäler sind Zeugen der Kultur und Geschichte. ■

> „Wir müssen uns dieses wertvolle Erbe stets aufs Neue bewusst machen, damit wir wissen, woher wir kommen, und um zu erkennen, wohin unser Weg geht."
>
> *Florian Streibl, MdL*

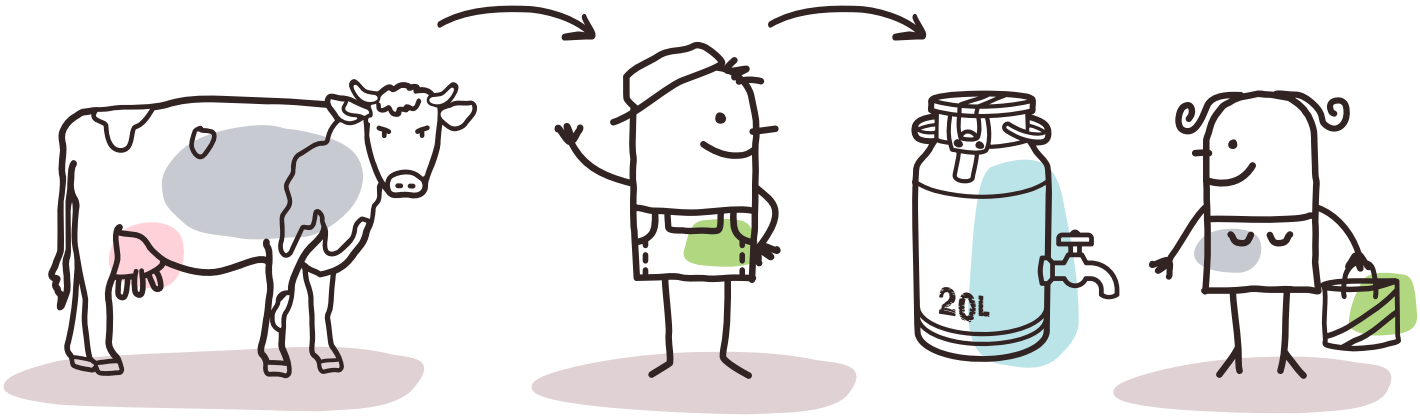
Florian Streibl, MdL
Abgeordneter aus Oberammergau

Impressionen vom Parlamentarischen Abend „Alpenraum 2030“

Unsere Gäste: ❶ Hubert Mangold (1. Bürgermeister der Gemeinde Schwaigen), ❷ Florian Diepold-Erl (Klimaschutzmanager Landkreis Garmisch-Partenkirchen), ❸ Dr. Walter Irlinger (Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege), ❹ Anton Brandner (Historiker). Musikalische Begleitung: ❺ Waakirchner Volksmusi und die ❻ Sagschneider Malan.

Ab-Hof-Verkauf von Milch ohne weitere bürokratische Hürden

Erfolg für unsere Politik



„Kein Kunde kam bisher auf die Idee, einen Kassenbeleg zu verlangen, wenn er sich seine Milch an einer Milchtankstelle zapft."

Keine unnötige Bürokratie aufbauen, ist ein Credo der FREIE WÄHLER Politik. Nun konnten wir im Sinne von Verbrauchern und Landwirten einen Erfolg in dieser Richtung erzielen. Hintergrund ist eine Richtlinie, nach der die EU und der Bundesgesetzgeber fordern, dass auch bei sogenannten Milchtankstellen, bei denen der Kunde am Automaten Milch zapfen kann, ein Kassenbeleg nötig ist. Dies würde aber in vielen Fällen eine aufwendige und damit teure Nachrüstung der Automaten nach sich ziehen.

Es muss Ziel der Politik sein, dass auch künftig möglichst viel Milch direkt vom Verbraucher beim Bauernhof gekauft werden kann. Eine strikte Umsetzung der jetzigen Rechtslage würde hohe Kosten für die Umrüstung oder gar Neuanschaffung von Milchtankstellen bedeuten. Das wäre auch zum Schaden der Verbraucher, da die höheren Kosten entweder weitergereicht oder die Milchtankstelle geschlossen würde.

Umso erfreulicher ist es, dass wir uns mit unserer Forderung nach einer Ausnahmegenehmigung für Milchtankstellen vom Mess- und Eichgesetz durchsetzen konnten. Die Staatsregierung ist nun gefordert, sich auf Bundesebene für diese Ausnahmegenehmigung einzusetzen.

Die Unterhaltung einer Milchtankstelle ist ein Nischenprodukt, das gerade im Hinblick auf sinkende Erzeugerpreise für einige Landwirte eine echte Einkommensalternative darstellt. Auch wenn im Durchschnitt dort nur die Milchmenge von ein bis zwei Kühen pro Tag verkauft wird, muss dieser Produktionszweig gefördert und unterstützt, nicht aber mit weiteren bürokratischen Gesetzesauflagen vernichtet werden.

Allein im Jahr 2016 haben wegen der Milchmarktkrise 1.600 Betriebe aufgegeben. Deshalb gilt es jetzt ganz besonders, die verbliebenen 32.000 Milchviehbetriebe zu erhalten. Unterstützung bekommen die FREIEN WÄHLER dabei auch vom Bundesland Saarland, das bereits Zustimmung zu der Forderung signalisiert hat. ■

Dr. Leopold Herz, MdL
Agrarpolitischer Sprecher

Bienensterben

Bienen schützen – Bauern stärken

Immer wieder gibt es Interessenkonflikte zwischen Imkern und Landwirten. Wir nahmen das zum Anlass, auf einer Veranstaltung im mittelfränkischen Oberreichenbach beide Parteien zu Wort kommen zu lassen und zwischen ihnen zu vermitteln.

„Statt sich weiterhin das Leben gegenseitig schwer zu machen, sollten Imker und Bauern mehr miteinander sprechen und gemeinsame Lösungen finden. Schließlich sind sie voneinander abhängig."

Gabi Schmidt, MdL

Auf der einen Seite werfen Imker den Landwirten einen übergroßen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und den Anbau von Monokulturen vor. Dabei wird oft übersehen, dass auch die Landwirtschaft von Marktmechanismen und von der Regulierung durch den Gesetzgeber getrieben ist.

„Die Bauern stehen unglaublich unter Druck. Einerseits sollen sie hochwertige Lebensmittel zu günstigen Preisen erzeugen. Andererseits sollen sie gleichzeitig die Landschaft pflegen, Naturräume bereitstellen und unsere Ressourcen schonen."

Johann Häusler, MdL

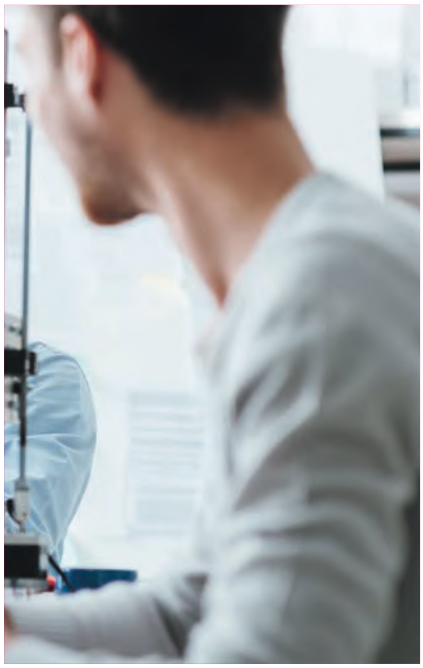
Auf der anderen Seite gibt es seit Jahren ein massives Bienensterben. Das ist besorgniserregend, da Bienen die Hauptbestäuber bei zahlreichen Obst- und Gemüsesorten sind und einen wirtschaftlichen Nutzen in Höhe von zwei Milliarden Euro jährlich generieren. Der Bienenexperte Martin Rumpf von den Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf mahnte deshalb, Pflanzenschutzmittel besser zu erforschen und insektenfreundlicher zu machen. Auch müsste der Landwirt die Anwendungsregeln einhalten und beispielsweise den Bienenflug berücksichtigen. Er erinnerte daran, dass auch Faktoren wie die Varroamilbe oder die zum Teil schlechte Fachkenntnis bei Imkern für den Bienenrückgang verantwortlich sind.

Als FREIE WÄHLER fordern wir insgesamt bessere Rahmenbedingungen und einen Ausbau von Programmen wie KULAP (Kulturlandschaftsprogramm). Die Politik muss dafür sorgen, dass die Bauern ein Stück weit vom Wachstumsdruck befreit werden, und auch kleineren Höfen eine Überlebenschance sichern. Dazu gehört beispielsweise die bessere Förderung für die Anschaffung neuer, insektenfreundlicher Technologien wie der Dropleg-Düsentechnik oder des Anbaus von blühenden Energiepflanzen. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass Bienenhaltung verpflichtend in der landwirtschaftlichen Ausbildung verankert wird. ■

Gabi Schmidt, MdL
Abgeordnete aus Mittelfranken

Johann Häusler, MdL
Mitglied im Landwirtschaftsausschuss

Bienen sammeln Nektar auf einem Rapsfeld.



„Wir müssen die Black Box ‚Wirtschaftsförderung' endlich knacken. Denn nur mit mehr Transparenz und Erfolgskontrolle kann die Wirtschaftsförderung in Bayern die gewünschten Effekte bringen."

Black Box „Wirtschaftsförderung"

Wirtschaftsförderung in Bayern

Fehlende Transparenz, schwammige Förderziele, mangelhafte Erfolgskontrolle – der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) hat die Wirtschaftsförderung des Freistaats in seinem jüngsten Bericht massiv kritisiert. Ausgewertet wurde die Förderpolitik der Jahre von 2009 bis 2013. Das Fazit ist niederschmetternd: „Der Einsatz staatlicher Haushaltsmittel ist wenig transparent: Konkrete Ziele werden kaum definiert, Erfolgskontrollen nicht oder nur ansatzweise durchgeführt."

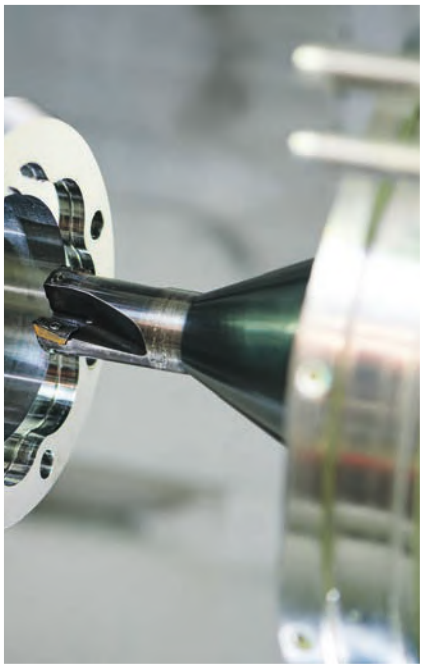
Bei seiner Antwort an den ORH konnte das Wirtschaftsministerium lediglich bei etwa nur einem Prozent der Projektförderungen und bei keiner der institutionellen Förderungen konkrete Ziele benennen. Mit anderen Worten: Das Ministerium hat überhaupt keine Ahnung, was gefördert wird und welche Ergebnisse erzielt werden! Wir wollen das nicht länger hinnehmen und werden in einer parlamentarischen Initiative Licht in das Förderdunkel bringen.

Dazu verlangen wir einen ausführlichen Bericht, in dem die Staatsregierung dem Landtag die allgemeinen und speziellen Ziele der Wirtschaftsförderpolitik erläutern soll. Insbesondere fordern wir eine Übersicht über alle laufenden Förderprogramme sowie den Mitteleinsatz für die jeweiligen Programme.

Um darüber hinaus die Transparenz der bayerischen Wirtschaftsförderung zu erhöhen, soll eine für die Öffentlichkeit zugängliche Förderdatenbank eingerichtet werden, die regelmäßig aktualisiert wird. Die Zahl der Förderprogramme wollen wir schrittweise reduzieren, Zuständigkeiten und Ansprechpartner dagegen bündeln. So soll zusammen mit Dritten ein effizientes internes Erfolgscontrolling nach neuesten Maßstäben aufgebaut werden.

Die Wirtschaftsförderung ist eines der wichtigsten Instrumente zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung. Dies kann aber nur gelingen, wenn die Förderprogramme auch von den Unternehmen einfach zu finden und in Anspruch zu nehmen sind. Ansonsten schrecken gerade kleinere und mittlere Unternehmen vor dem bürokratischen Aufwand zurück. ■

Thorsten Glauber, MdL
Wirtschaftspolitischer Sprecher



„Angesichts des globalen Standortwettbewerbs ist Deutschland als führendes Industrieland darauf angewiesen, Hightech-Unternehmen im Land zu halten. Dies gilt vor allem für die hoch innovativen Mittelstandsbetriebe."

Steuerpolitik für kleine und mittelständische Unternehmen

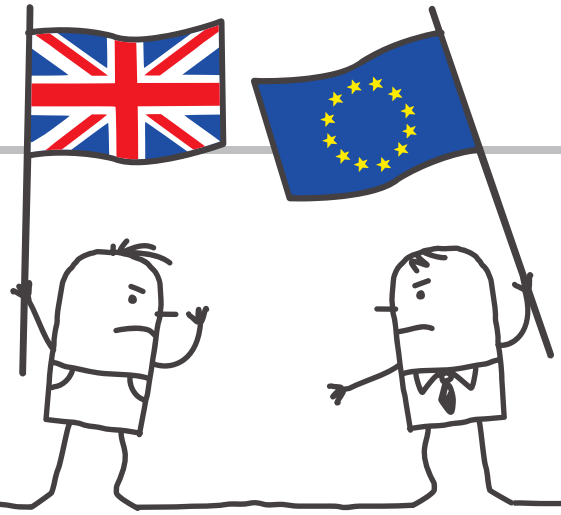
Weniger Bürokratie, mehr Förderung

Wie können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei Forschungsvorhaben sinnvoll gefördert werden? Nachdem der Anteil der von der Wirtschaft finanzierten Forschung und Entwicklung zwischen 2005 und 2015 deutlich abgenommen hat, müssen in diesem Bereich dringend wieder neue Anreize geschaffen werden. Denn die Bundesregierung scheint dieses Thema vollkommen aus den Augen verloren zu haben. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP aus dem Jahr 2009 sah eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) noch vor. Kleinere und mittlere Unternehmen sollten dazu motiviert werden, mehr Forschungsarbeit zu betreiben. Tatsächlich passiert ist allerdings nichts.

In den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD aus dem Jahr 2013 wurde die steuerliche Forschungsförderung gar nicht mehr mit aufgenommen. Wir brauchen hier dringend eine Trendwende: Eine steuerliche Begünstigung – speziell für den Mittelstand – ist als tragende Säule der deutschen Wirtschaft von großer Bedeutung. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat vor einiger Zeit mit einem erfolgreich eingereichten Dringlichkeitsantrag endlich wieder Bewegung in die Sache gebracht. Unser Antrag sieht eine pauschale steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung vor. Dies ist gerade für kleine und mittelständische (KMU) sowie junge Unternehmen hilfreich. Denn im Gegensatz zu Mitteln aus Förderprogrammen schafft eine steuerliche Förderung Planungssicherheit und muss auch nicht mit hohem administrativem Aufwand beantragt werden. Sie entfaltet sofort eine große Breitenwirkung und fördert damit Innovationen, die für Deutschland und besonders für den Technologiestandort Bayern unverzichtbar sind.

Es ist sehr erfreulich, dass die für die Mittelstandsförderung so wichtige Forschungsförderung seitens des Freistaates nun doch auf den Weg gebracht werden kann. Eine Analyse der Universität Mannheim zeigt, dass jeder vom Staat eingesetzte Euro zusätzliche FuE-Aufwendungen der Unternehmen in Höhe von 1,25 Euro nach sich zieht. Die Steuererleichterungen sind also gut investiertes Geld. ■

Alexander Muthmann, MdL
Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen



Der Brexit und die Folgen

Drohen uns höhere Mitgliedsbeiträge an die EU?

Kommen auf die deutschen Steuerzahler nach dem Brexit höhere EU-Mitgliedsbeiträge zu? Bereits im April hat der EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger höhere Beiträge für die verbleibenden 27 EU-Mitgliedstaaten angekündigt. Dabei soll nach seiner Vorstellung nur ein Teil der entstehenden Beitragslücken von über 11,5 Milliarden Euro durch Einsparungen kompensiert werden. Den restlichen Betrag würden seiner Vorstellung nach die verbliebenen Mitgliedstaaten aufbringen müssen. Nach Berechnungen der Bertelsmann Stiftung müsste Deutschland als größter Nettozahler dabei einen Anteil von bis zu 2,5 Milliarden Euro jährlich schultern. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir die Staatsregierung im Landtag aufgefordert, sich gegen höhere EU-Mitgliedsbeiträge infolge des Brexits auf Bundes- und Europaebene einzusetzen. Die CSU lehnte unseren Vorstoß jedoch ab und nimmt damit fahrlässig eine künftige Mehrbelastung für den bayerischen Steuerzahler in Kauf.

„Die CSU macht sich zum Wegbereiter noch größerer Zahlungen Deutschlands in die EU-Töpfe."

Als FREIE WÄHLER sind wir der Überzeugung, dass der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zu keiner zusätzlichen Belastung für die deutschen und bayerischen Steuerzahler führen darf. Anstelle von Beitragserhöhungen müssen zunächst Einsparungen im EU-Haushalt erfolgen. Außerdem halten wir es für erforderlich, dass ein möglicher künftiger Zugang Großbritanniens zum europäischen Binnenmarkt teuer erkauft werden muss.

„Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die künftigen Handelsbeziehungen zu Großbritannien zu gestalten."

Eine Möglichkeit wäre das sogenannte „Norwegen-Modell". Das Königreich Norwegen ist ebenfalls kein Mitglied der Europäischen Union. Dennoch ist das Land durch den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sehr eng mit der EU verbunden. Wenn Großbritannien wie Norwegen Teil des europäischen Wirtschaftsraums würde, müsste der Inselstaat wahrscheinlich über 80 Prozent der bisherigen EU-Beiträge zahlen. Das muss im Sinne der bayerischen Steuerzahler künftig unsere Verhandlungslinie gegenüber London werden, wenn es um die Verhandlungen um den neuen Status Großbritanniens im Verhältnis zur Europäischen Union geht. ■

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL
Mitglied im Bundes- und Europaausschuss

Jobs in der Gastronomie

Für praxistauglichere Regelungen

Lange Zeit war die Gastronomie für viele, die sich neben ihrem Beruf abends noch etwas dazuverdienen wollten, ein attraktiver Arbeitgeber. Doch mittlerweile gerät gerade in diesem Bereich die unflexible tägliche Höchstarbeitszeit zunehmend zum Hemmschuh. Hier zeigt sich wieder einmal, dass gut gemeint in der Praxis längst nicht immer auch gut gemacht bedeutet.

> „Auch die Gastronomie- und Hotelbranche versorgt täglich Millionen von Menschen in Deutschland."

Auch für den Arbeitgeber ergeben sich enorme Schwierigkeiten, wenn z. B. eine Hochzeit doch einmal eine Stunde länger gehen soll, der Gastronom aber wegen des Arbeitszeitgesetzes seine Mitarbeiter nach Hause schicken muss. Der Kontrolldruck auf die Gastronomen ist seit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns erheblich gestiegen. Mögliche Ausnahmeregelungen sind zu unflexibel und erfordern einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand. In anderen Berufsfeldern wie im medizinischen Bereich, der Pflege oder im öffentlichen Dienst gelten flexiblere Regelungen, die ein reibungsfreies Funktionieren unserer Gesellschaft ermöglichen.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind wir der Überzeugung, dass auch für diese Sparte eine praxistaugliche Regelung gefunden werden muss. Ein gangbarer Weg wäre eine Regelung laut EU-Arbeitszeitrichtlinie, nach der die durchschnittliche Arbeitszeit pro Siebentageszeitraum 48 Stunden einschließlich der Überstunden und bei Einhaltung der Mindestruhezeiten nicht überschritten werden darf. Sie würde flexible und praxisgerechte Arbeitszeiten in Einklang mit dem Schutz der Arbeitnehmer bringen. Dies ist auch eine Forderung der Arbeitnehmerseite. Besonders in der Gastronomie gibt es viele Mitarbeiter, die z. B. gerne an zwei Tagen in der Woche etwas länger arbeiten würden, um dafür an anderen Tagen frei zu haben.

Unsere Fraktion hat deshalb einen entsprechenden Antrag eingebracht, in dem wir genau dies fordern. Um die Hotellerie auch international wettbewerbsfähig zu halten, verlangen wir außerdem von der Staatsregierung erneut eine Bundesratsinitiative, mit dem Ziel, die Leistungen im Hotellerie- und Gaststättengewerbe einheitlich mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz (Mehrwertsteuersatz) von derzeit 7 Prozent zu belegen. ■

Jutta Widmann, MdL
Mitglied im Arbeitskreis Finanzen, Wirtschaft, Kommunales und Innere Sicherheit

Drohendes Dieselfahrverbot

Wir brauchen praktikable Lösungen!

München's Oberbürgermeister denkt offen über ein Dieselfahrverbot nach, auch aus anderen Städten sind solche Überlegungen zu hören. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion halten wir ein derartiges Verbot für nicht zielführend. Mit unserer Kritik an einem möglichen Fahrverbot stehen wir nicht allein da. Auch die Industrie- und Handelskammer befürchtet, dass durch diese Maßnahme Wirtschaftsleben und Versorgung fundamental bedroht wären. Unbestritten sind die Stickoxid- und Feinstaubemissionen in vielen deutschen Städten deutlich zu hoch. Es ist daher keine Frage, ob gehandelt werden muss, sondern wie.

> „Wir müssen Lösungen finden, die nicht Millionen Besitzer von erst wenige Jahre alten Dieselfahrzeugen aus den Innenstädten ausschließen."

In einem Dringlichkeitsantrag haben wir bereits vor Monaten gefordert, dass zeitnah Nachrüstlösungen zur Reduktion des Schadstoffausstoßes von Dieselfahrzeugen angeboten werden, um im Raum stehende Fahrverbote in Innenstädten zu verhindern. Die Hersteller müssen Lösungen vor allem für neuere Fahrzeuge anbieten, da mitunter sogar bei Euro-6-Fahrzeuge deutlich überhöhte Schadstoffemissionen gemessen wurden. Bei älteren Fahrzeugen müssen Standards definiert werden, damit Hersteller wie externe Ausrüster geeignete Nachrüstsätze entwickeln und auf den Markt bringen können.

Anstatt rigider Verbote müssen wir den Menschen realistische Lösungen anbieten. Fahrzeuge mit Abgasnorm Euro 5 können mit realistischem Aufwand nicht auf Euro 6 aufgerüstet werden. Deshalb brauchen wir etwas dazwischen: einen Standard Euro 5,5. Diesen müssen Euro-5-Autos durch Nachrüstungen erreichen können. Wo Euro 6 draufsteht, muss auch Euro 6 drin sein. Wenn die Werte auf dem Prüfstand nicht realistisch sind, muss nachgebessert werden – und zwar ausschließlich von den Fahrzeugherstellern.

Das Image des Diesels hat in letzter Zeit enorm gelitten und die Verkaufszahlen sinken. Allein in Bayern aber hängen tausende Arbeitsplätze an der Entwicklung, Produktion und Verkauf von Fahrzeugen mit Dieselmotor. Durch den vergleichsweise niedrigeren Spritverbrauch stoßen Dieselautos weniger klimaschädliches Kohlendioxid (CO_2) aus als Benzinautos. Sie leisten deshalb einen nicht unerheblichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung. ■

Thorsten Glauber, MdL
Verkehrspolitischer Sprecher

Aktuelle Stunde

Familienland Bayern?

Die Familie ist ein Ort der Sicherheit und Geborgenheit und gibt im Alltag festen Halt. Deshalb müssen wir junge Menschen in ganz Bayern in die Lage versetzen, eine Familie zu gründen. Mit einer Aktuellen Stunde haben wir daher das Thema „Familienpolitik“ auf die Agenda des Bayerischen Landtags gesetzt. Familienpolitik umfasst in unseren Augen viele Bereiche und beginnt bereits bei der Geburt. Wir setzen uns deshalb auch für die Sicherstellung einer geburtshilflichen Versorgung in der Fläche ein. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sehen wir die Armutsgefährdung von kinderreichen Familien und Alleinerziehenden mit Sorge. Daher muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unbedingt verbessert werden, damit auch Familien mit mehreren Kindern gut und gerne im Freistaat leben können. Zusätzlich muss alles dafür getan werden, dass langzeitarbeitslose Eltern wieder in Lohn und Brot gebracht werden. Denn unter der Armut der Eltern leiden vor allem die Kinder.

„In einem so reichen Land wie Bayern dürfen finanzielle Sorgen die Familienplanung nicht behindern.“

Wichtig ist hierbei eine flächendeckende Kinderbetreuung: Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorte sind die Bausteine, die stärker gefördert werden müssen. Die Anstrengungen der Staatsregierung sind hier noch nicht ausreichend. Das von der Staatsregierung gepriesene Betreuungsgeld kann dabei keine Abhilfe leisten. Wir fordern auch, den angekündigten Rechtsanspruch auf flexible und bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter endlich einzuführen. Bei der Umsetzung muss vor allem darauf geachtet werden, dass die Vielfalt der bestehenden Betreuungsmöglichkeiten erhalten bleibt. Nur so können die notwendige Flexibilität sowie eine bedarfsgerechte Gestaltung der Angebote gewährleistet und Bedürfnisse von Eltern und Schülerinnen und Schülern berücksichtigt werden.

Steuerpolitisch muss der Weg in Richtung Familiensplitting gehen, um insbesondere Familien mit Kindern zu entlasten. Bayern ist in der Pflicht, dafür in Berlin entschlossen zu kämpfen.

Auch mit einem Baukindergeld in Höhe von insgesamt bis zu 20.000 Euro pro Kind wollen wir Familien noch mehr unter die Arme greifen. Über zehn Jahre hinweg sollen junge Familien jährlich 2.000 Euro für jedes im Haushalt wohnende Kind beim Bau oder Erwerb selbst genutzten Wohnraums erhalten. ■

Gabi Schmidt, MdL
Familienpolitische Sprecherin

Parlamentarischer Abend

Neue Verantwortung, neue Wege – was braucht die Bundeswehr?

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat einen Parlamentarischen Abend zur Zukunft der Bundeswehr veranstaltet. Auf unsere Einladung diskutierten im voll besetzten Konferenzsaal im Bayerischen Landtag **Generalleutnant a. D. Reinhard Kammerer,** der Präsident des Bayerischen Soldatenbundes **Oberst a. D. Richard Drexl** und der Präsident des Bayerischen Reservistenverbandes **Prof. Dr. Friedwart Lender** gemeinsam mit uns über aktuelle und künftige Herausforderungen.

Richard Drexl nahm zu der Frage Stellung, ob die Bundeswehr, wie behauptet, ein Extremismus-Problem habe: „Die Bundeswehr hatte und hat kein systematisches Problem mit Extremismus, sondern allenfalls mit einer schwachen politischen Führung. Als ehemaliger Kommandeur der Luftwaffenstandorte Erding und Kaufbeuren habe ich gerade einmal zwei Fälle von Rechtsextremismus erlebt."

Sehr deutlich habe ich mich von den Vorwürfen der Verteidigungsministerin gegenüber ihren Soldaten distanziert: „Wenn Ministerin von der Leyen den Vorwurf erhebt, der Bundeswehr mangele es an Haltung und Führung, so fällt dies auf sie selbst zurück. Sie ist als oberste Chefin für die Truppe verantwortlich. Sollten ihre Vorwürfe zutreffen, müsste sie als Verteidigungsministerin sofort zurücktreten oder entlassen werden. Wer erst nach mehr als drei Jahren an der Spitze des Ministeriums merkt, dass die Führung nicht passt, oder drei Jahre tatenlos diesen Missständen zusieht, kann kein Ministerium führen."

Generalleutnant a. D. Kammerer sieht daneben massive Defizite bei der Ausrüstung. Jahrzehntealte Funkgeräte und Computer, fehlende Schutzwesten oder Nachtsichtbrillen und vieles mehr zeigten deutlich, dass die Bundeswehr von der Substanz der achtziger und neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zehrt. Lediglich dem beeindruckenden Improvisationstalent der Zugführer und Bataillons-Kommandeure vor Ort sei es zu verdanken, dass der Eindruck nach außen noch relativ positiv ist.

Friedwart Lender erkannte einen erheblichen Nachholbedarf bei der Finanzierung der Bundeswehr. Er be-

„Die Bundeswehr hatte und hat kein systematisches Problem mit Extremismus, sondern allenfalls mit einer schwachen politischen Führung."

Oberst a. D. Richard Drexl,
Präsident des Bayerischen Soldatenbundes

„Wenn Ministerin von der Leyen den Vorwurf erhebt, der Bundeswehr mangele es an Haltung und Führung, so fällt dies auf sie selbst zurück."

Bernhard Pohl, MdL und
Sprecher für Fragen der Bundeswehr

tonte, wie wichtig eine schlagkräftige Truppe und im Ernstfall auch eine hohe Zahl gut ausgerüsteter und ausgebildeter Reservisten seien. Durch den Wegfall der allgemeinen Wehrpflicht sehe er hier ein wachsendes Problem.

Während die Wehrpflicht alter Prägung Geschichte sein dürfte, waren sich die Podiumsteilnehmer darüber einig, dass eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen Sinn macht. Hierfür sprächen gesellschaftspolitische Aspekte ebenso wie Notwendigkeiten im Bereich der Landesverteidigung, der inneren Sicherheit, aber auch immense Aufgaben im sozialen Bereich, insbesondere der Pflege. An einem verpflichtenden Jahr zu Gunsten der Gemeinschaft führe kein Weg vorbei. Dies muss aber sorgfältig vorbereitet werden. Meine Forderung lautet: „Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht muss zunächst intensiv in der Gesellschaft und Politik diskutiert werden. Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Konsens, um eine solche Dienstpflicht einzuführen und umzusetzen."

Diskussionsleiter Joachim Hanisch, MdL, Oberstleutnant der Reserve, formulierte einen klaren Appell: „Die Bundeswehr steht am Scheideweg. Sie war, ist und bleibt entscheidend für die Entwicklung unseres Landes in Frieden und Freiheit. Sie braucht hierfür aber stärkere Unterstützung durch die Politik."

Eva Gottstein, MdL, ging in ihrem Schlusswort auf die Anforderungen der Truppe im Bereich von Material und Personal ein und fasste zusammen: „Ich denke, Sie konnten sich heute davon überzeugen, dass jedenfalls bei der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER Material und Personal stimmen." ■

Die Teilnehmer des Parlamentarischen Abends (v.l.n.r.): Oberst a.D. Richard Drexl, Generalleutnant a.D. Reinhard Kammerer, Joachim Hanisch, MdL, Hubert Aiwanger, MdL, Prof. Dr. Friedwart Lender, Bernhard Pohl, MdL, und Eva Gottstein, MdL.

Bernhard Pohl, MdL
Sprecher für Fragen der Bundeswehr

Symbolbild

Luftschadstoffe

Keine 3. Startbahn in München!

Nicht nur in Großstädten wie München liegen die Stickoxidwerte deutlich über dem Grenzwert, auch die Bewohner in der Flughafenregion sind davon betroffen. Die Region um den Flughafen München ist eine der am stärksten mit Stickstoffdioxid belasteten Regionen in Bayern. Die Staatsregierung ficht das jedoch offensichtlich nicht an. Trotz aller Bedenken erhebt sie nun wieder die Forderung nach einer 3. Startbahn.

Bei den Umweltbelastungen durch den Luftverkehr geht es aber nicht nur um Stickoxide, sondern auch um Feinstaub und Ultrafeinstaub. Gerade über das Umweltgift Ultrafeinstaub ist noch relativ wenig bekannt. Eine Bürgerinitiative aus Freising führt dazu seit einiger Zeit Messungen durch. Die Ergebnisse sind alarmierend. Je nach Standort und Windrichtung treten Konzentrationen von über 80.000 Teilchen pro Kubikzentimeter auf. Der normale Wert in einer Wohngegend in München liegt unter 5.000. Wir FREIE WÄHLER haben das Thema Ultrafeinstaub frühzeitig angepackt und auch eine Expertenanhörung im Landtag durchgesetzt, die am 17. November stattfindet.

„In Anbetracht der aktuellen Debatte um mögliche Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Innenstädten ist es geradezu zynisch, im gleichen Atemzug den Bau einer dritten Startbahn inmitten der ebenfalls viel zu stark belasteten Flughafenregion zu propagieren."

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion lehnen wir den Bau nach wie vor ab. 2012 haben sich die Münchner in einem Bürgerentscheid dagegen ausgesprochen. Daran hält sich die Landeshauptstadt, die einer der drei Gesellschafter des Flughafens ist. Die aktuellen Entwicklungen machen keinen erneuten Bürgerentscheid nötig.

Ein unerbittlicher Konkurrenzkampf der Airlines treibt die Zahl der Starts und Landungen nach oben, doch hier wird eine Bereinigung eintreten. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir, das Nein der Bürger im Bürgerentscheid endlich zu akzeptieren, und haben dazu einen weiteren Dringlichkeitsantrag eingebracht. ■

Benno Zierer, MdL
Sprecher für Umwelt und Klima

Interpellation „Bewegtes Lernen 2020“

Alarmierende Erkenntnisse

Während der Kindergarten noch vielfältige Bewegungsanlässe bietet, heißt es in der Schule plötzlich, eine längere Zeitspanne aufmerksam und ruhig im Klassenzimmer zu sitzen. Diese Situation überfordert viele Schulanfänger zunächst erheblich. Diese Erkenntnis gewinnen wir aus unserer Interpellation „Bewegtes Lernen 2020“, in der wir die Situation des Sportunterrichts in Bayern gründlich beleuchtet haben. Bayerns Schüler sollen daher in den Genuss von mehr Sport und Bewegung kommen. Wir fordern eine dritte Sportstunde für die erste Jahrgangsstufe an Grundschulen, so wie sie bereits für die Jahrgangsstufen zwei bis vier fest in der Stundentafel verankert ist.

Sport und Bewegung müssen auch bei der Ausbildung für das Grundschullehramt mehr Platz einnehmen. Denn nur wenn Lehrkräfte ausreichend Möglichkeiten erhalten, sich im Sport aus- und weiterzubilden, werden sie die erworbenen Kompetenzen und Freude im Umgang mit verschiedenen sportlichen Disziplinen auch weitergeben können.

Besonders alarmierend: Immer weniger Kinder und Jugendliche in Bayern können schwimmen. Aus den Antworten der Staatsregierung wird ganz klar, dass sich die Verantwortlichen in den letzten Jahren zu wenig mit dem Thema beschäftigt haben. Tatsächlich kann der Schwimmunterricht wegen der schlechten Rahmenbedingungen an den Schulen häufig gar nicht umgesetzt werden. Viele Hallenbäder sind marode, der Weg zum nächsten Schwimmbad ist im Rahmen der Unterrichtszeit viel zu weit, die Klassen sind zu groß. Das Kultusministerium weiß offensichtlich nicht einmal, ob, wie und mit welchem Erfolg der Schwimmunterricht an Schulen stattfindet. Das aber hat gefährliche Konsequenzen für Kinder und Jugendliche. Ein weiteres Ziel unseres Antragspakets ist daher der Ausbau des Schwimmunterrichts.

„Die Staatsregierung muss den Sportunterricht endlich weiterentwickeln und dabei insbesondere den Grundschulbereich berücksichtigen.“

„Wir wollen, dass jedes Kind sicher schwimmen kann, wenn es von der Schule abgeht.“

Das Schwimmabzeichen „Seepferdchen“ reicht dazu nicht aus, die Kinder müssen mindestens den „Freischwimmer“ erreicht haben. Die Staatsregierung darf auch dem Verfall kommunaler Schwimmbäder nicht länger tatenlos zusehen. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Bildungspolitischer Sprecher

Interview mit Alexander Muthmann, MdL

„Die Politik muss auf die Bedürfnisse junger Frauen eingehen."

Herr Muthmann, Sie sind Sprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung und vertreten die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern", die mittlerweile seit fast drei Jahren arbeitet. Was hat die Kommission nach dieser Zeit erreicht?

Um gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern schaffen zu können, waren wir uns zu Beginn der Enquete-Kommission darin einig, dass man gleichwertige Lebensbedingungen zunächst messbar machen muss. Also haben wir ein Paket an Kriterien erarbeitet, mit deren Hilfe der Ist-Zustand der unterschiedlichen Regionen in ganz Bayern erhoben werden kann.

Welche Kriterien sind dies beispielsweise?

Etwa wie hoch der Anteil der Bürger ist, die länger als 15 Minuten Anfahrtsweg zum nächsten Hausarzt haben. Oder der Anteil der Bevölkerung, der mehr als 1.000 Meter Wegstrecke vom nächstgelegenen Geschäft der täglichen Grundversorgung entfernt wohnt. Ein weiteres Beispiel ist der Anteil der Schüler mit einer längeren

Alexander Muthmann, MdL (2. v. r.), als Gastgeber der Veranstaltung „Gehen oder bleiben? Junge Frauen im ländlichen Raum" in Perlesreut. Mit dabei waren außerdem (v. l. n. r.): Manfred Eibl, Bürgermeister Perlesreut, Renate Cerny, stellvertretende Landrätin Freyung-Grafenau, und Prof. Dr.-Ing. Lothar Koppers, Experte für ländliche Entwicklung.

Wegezeit zur Grundschule als 10, 20 oder 30 Minuten. Insgesamt sind über 40 Indikatoren aus den verschiedenen Lebensbereichen vorgeschlagen.

Ist die Arbeit der Enquete-Kommission damit abgeschlossen?
Nein. Wichtig ist es, dass diese Gleichwertigkeitsdebatte nicht nur von München aus entschieden wird. Wir müssen in den Regionen einen Abstimmungsprozess in Gang bringen. Dort müssen unter der Federführung von Landräten oder Oberbürgermeistern die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen diese Kriterien bewerten, Entwicklungsfragen diskutieren und Vorschläge erarbeiten.

„Wir FREIE WÄHLER fordern, dass gleichwertige Lebensverhältnisse endlich messbar werden. Wir brauchen klare Vorgaben, wie viele Kindertagesstätten vorhanden sein müssen und wie weit der Weg zum nächsten Arzt maximal sein darf. Nur so können gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern sichergestellt werden."

Sie haben unlängst eine Veranstaltung mit dem Titel „Gehen oder bleiben? Junge Frauen im ländlichen Raum" abgehalten. Wieso sind ausgerechnet junge Frauen wichtig für die Entwicklung ländlicher Räume?
Die Wohnung der Familie wird in unmittelbarer Nähe zu Geschäften der täglichen Versorgung, zu Schulen und Kindergärten sowie zum Arbeitsplatz der Frau gewählt. Der Arbeitsplatz des Mannes hingegen liegt häufig nicht in diesem engeren Bereich. Das bedeutet: Die Frauen, die in der Regel den Familienalltag managen, bestimmen auch den Wohnort. Deshalb ist es wichtig, in ländlichen Regionen junge Frauen mit ihren Bedürfnissen in den Fokus zu nehmen. Dazu gehört zum Beispiel auch, dass man passende Arbeitsplätze schafft. Wenn man also dem demographischen Wandel entgegentreten und junge Familien aufs Land bringen will, muss man ganz besonders auf die Bedürfnisse der jungen Frauen eingehen.

Themawechsel: Im Mai hat Heimatminister Markus Söder seinen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) vorgestellt und ihn als den großen Wurf gepriesen. Stimmen Sie mit dieser Auffassung überein?
Nein, das LEP ist noch verbesserungsbedürftig. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge würde die Hälfte Bayerns zu Räumen mit besonderem Handlungsbedarf zählen. Wenn aber nahezu 50 Prozent aller bayerischen Gemeinden als strukturschwach eingestuft werden, kommen die wirklich bedürftigen Gemeinden wieder nicht so zum Zug, wie sie es sollten. Auch der Ausbau des Zentrale-Orte-Systems ist nicht sinnvoll. Wenn beinahe jeder zweite Ort zu einem Ober-, Mittel- und Grundzentrum wird, ist dieses System völlig entwertet und verliert an Bedeutung. Die Lockerung des sogenannten Anbindegebots begrüßen wir – wenn das Landschaftsbild nicht beschädigt wird.

Welche Rolle spielt die von Söder angekündigte Verlagerung von Behörden in die ländlichen Regionen?
Eine große Rolle. Insgesamt sollen nach aktuellem Stand bis zum Jahr 2020 mehr als 2.000 Arbeitsplätze in den ländlichen Raum verlagert werden. Wir befürworten diese Maßnahme, aber uns fehlt noch immer ein Konzept. Söder hat im März dieses Jahres bekannt gegeben, dass die Behördenverlagerungen schneller vorangehen als geplant. Er hat dazu auch einen Bericht im Haushaltsausschuss angekündigt. Allerdings liegt für die einzelnen Verlagerungen noch immer kein Projekt-, Kosten- und Zeitplan vor. Auch der avisierte Bericht fehlt. Bisher erleben wir viel Show und wenig Konkretes. ■

Hebammenversorgung in Bayern

Hebammen händeringend gesucht!

Die erfreuliche Nachricht vorweg: Die Geburtenraten in Bayern steigen. Doch viele werdende Mütter stehen damit auch vor einem Problem. Denn es ist keine Seltenheit, dass viele Anstrengungen und Telefonate nötig sind, um überhaupt eine Hebamme zu finden. Ein geringer Verdienst, steigende Versicherungsprämien zur Berufshaftpflicht, unregelmäßige Arbeitszeiten und demnächst wohl auch noch schlechtere Abrechnungsmöglichkeiten mit den Kassen für Beleghebammen machen den Beruf der Hebamme zunehmend unattraktiv. Mit einer aktuellen Stunde haben wir daher diesen Missstand nun auch im Landtag thematisiert. Wir sehen die Sicherstellung einer geburtshilflichen Versorgung in der Fläche als eine existenzielle Aufgabe unserer Gesellschaft, zu der die rund 1.800 in Deutschland tätigen Beleghebammen einen wichtigen Beitrag leisten.

> „Hebammen sollen ihren Beruf eigenverantwortlich und selbstständig ausüben können. Dafür müssen sie eine der Bedeutung ihrer Aufgabe angemessene Vergütung erhalten."

Die Politik ist also gefordert, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Versorgung von werdenden Müttern und Neugeborenen sichergestellt wird. Wir FREIE WÄHLER verlangen aus diesem Grund eine angemessene Bezahlung von Hebammen, die auch der hohen Verantwortung und der gesellschaftlichen Bedeutung dieses Berufs gerecht wird. Damit der Verdienst wegen ruinös hoher Prämien nicht gleich an die Versicherungen weitergereicht werden muss, setzen wir uns bereits seit Langem für einen Haftungsfreistellungsfonds ein. So kann es gelingen, eine langfristig wirksame Lösung für die stetig steigenden Haftpflichtprämien zu finden. Dafür dürfen jedoch nicht die Hebammen allein verantwortlich sein, sondern das ist letztendlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wenn die Krankenkassen in den gegenwärtigen Vergütungsverhandlungen die Abrechnungsmöglichkeiten von Beleghebammen deutlich beschneiden wollen, ist das ein völlig falsches Signal.

Es muss auch weiterhin die Leistung bezahlt werden, die tatsächlich erbracht wurde. Wenn mehrere Geburten zugleich betreut werden müssen, ist dies selbstverständlich auch weiterhin zu entlohnen. Aber auch die wünschenswerte Eins-zu-eins-Betreuung muss finanziell angemessen vergütet werden. Schließlich dürfen auch erforderliche Vertretungen nicht zu einem Einkommensverlust führen. ■

Dr. Karl Vetter, MdL
Gesundheitspolitischer Sprecher

Antisemitismus

Gegen gefährliche Vorurteile!

Vor einigen Monaten brachte ein Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus der Bundesregierung alarmierende Ergebnisse zutage. Demnach sind antisemitische Einstellungen noch immer in erheblichem Umfang anzutreffen. Die Dunkelziffer von derartig motivierten Übergriffen ist hoch. Viele Menschen jüdischen Glaubens sorgen sich daher zunehmend um ihre Sicherheit. Die Bekämpfung des Antisemitismus bleibt laut Bericht eine „dauerhafte Aufgabe für Politik und Gesellschaft".

„Es ist eine Schande, dass antisemitische Einstellungen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft noch immer in erheblichem Umfang und in unterschiedlichen inhaltlichen Ausprägungen anzutreffen sind."

Florian Streibl, MdL

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir uns dem vehement entgegensetzen und haben dazu einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Darin fordern wir, Antisemitismus auf allen Ebenen entschieden zu bekämpfen. Angesichts der historischen Verantwortung Deutschlands gilt es, sich gegen jede Form von Judenfeindlichkeit zu wehren.

Wir wollen dem u. a. mit gezielter Bildungsarbeit entgegenwirken. In allen weiterführenden Schularten mit Ausnahme der Förderschulen muss deshalb ein verpflichtender Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus oder eines NS-Dokumentationszentrums eingeführt werden – inklusive entsprechender Vor- und Nachbereitung. Auch in Integrationskursen müssen antisemitische Einstellungen zu einem zentralen Thema gemacht werden.

„Viele Flüchtlinge kommen aus Staaten, in denen Judenhass und Israelfeindlichkeit vorherrschen."

Peter Meyer, MdL

Daher ist es hier besonders wichtig, die Schrecken des Holocaust und die historischen Lehren Deutschlands aus der NS-Zeit aufzuzeigen und deutlich zu machen, dass die Souveränität Israels ein Teil der deutschen Staatsräson ist. ■

Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin (Ausschnitt).

Florian Streibl, MdL
Kirchenpolitischer Sprecher

Peter Meyer, MdL
Kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

„Um der bayerischen Kulturlandschaft angemessen Rechnung zu tragen, bedarf es einer ausgewogenen Förderung von Tradiertem und Avantgardistischem, der Spitzen-, aber eben auch der Breitenkultur."

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Zu Gast bei Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL (Mitte): Holger Dreissig, Klaus von Gaffron, Topher Lack, Bernd Schweinar (v. l. n. r).

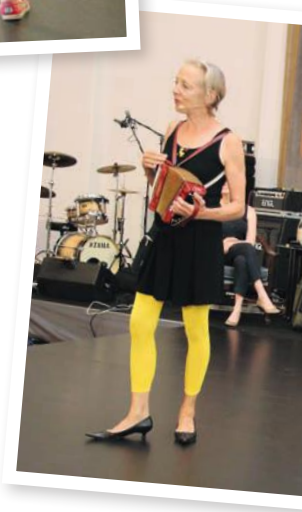
Freie Künstlerszene in Bayern

Arm, aber sexy

Ob Maler, Schauspieler oder Musiker: Zu allen Zeiten waren Künstler kreative Impulsgeber. Gerade für eine Gesellschaft im Wandel sind sie daher äußerst bedeutsam. Doch unterfinanzierte Kulturetats, überholte Förderstrukturen und erheblich gestiegene Lebenshaltungskosten sowie begrenzte Räumlichkeiten in den bayerischen Metropolen machen vielen von ihnen zu schaffen. Bei unserem Parlamentarischen Abend „Arm, aber sexy – freie Kunst- und Kulturszene in Bayern" diskutierten wir mit Kulturschaffenden über ihre Situation.

Wie **Klaus von Gaffron,** freischaffender Künstler vom Berufsverband Bildender Künstler, erläuterte, macht die freie Künstlerszene der Gesellschaft ein Angebot, sich mit ihrer Zeitepoche auseinanderzusetzen. Künstler gäben damit wichtige Antworten auf das Jetzt und die Zukunft. Bayern begreife sich als Kulturstaat. Dann müsse die Politik aber auch endlich erkennen, dass sich daraus eine finanzielle Verantwortung ergebe.

Dass der Freistaat seiner Verantwortung in der Kulturpolitik nicht gerecht werde, beklagte auch **Holger Dreissig** vom Netzwerk Freie Szene München. Viele Künstler schauten deshalb neidvoll in andere Bundesländer oder ins Ausland, wo es mehr Förderung für freie Theater, mehr Räumlichkeiten und auch mehr Anerkennung gebe. Insbesondere in München ist nach seiner Meinung die Kulturpolitik geradezu verheerend. Das habe zur Folge, dass viele gute Künstler regelrecht die Flucht ergriffen, weil sie anderswo bessere Arbeitsbedingungen vorfänden.



„Wer als Erwachsener Kunst zu schätzen weiß, ist oft bereits als Kind oder Jugendlicher an sie herangeführt worden. Deshalb gilt es, Kunst und Kultur bereits in die frühkindliche Bildung zu integrieren."

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Der Passauer Songwriter **Topher Lack** betonte, wie wichtig Kunst und Musik für die Persönlichkeitsbildung sind. Künstlerpersönlichkeiten geben wichtige Anstöße zum Denken und auch zum Umdenken. Das erfordert jedoch auch Mut zum Experiment. Genau daran fehle es der heutigen Politik.

Auch **Bernd Schweinar** vom Verband für Popkultur in Bayern wies auf die wirtschaftliche Misere vieler Künstlerinnen und Künstler hin. Demnach nimmt ein freier Künstler im Durchschnitt jährlich nur rund 12.000 Euro zu versteuerndes Einkommen ein. Während Brauchtum und volkstümliche Musik oftmals von politischer Seite unterstützt würden, hätten andere Richtungen wie Pop oder Jazz oftmals das Nachsehen. So entsteht bei den Kunstschaffenden ein permanenter Druck, Geld einzunehmen – und sei es nur, um beruflich zu überleben.

Wie vielfältig und lebendig die bayerische Kulturszene trotz aller finanziellen Schwierigkeiten ist, bewiesen die anwesenden Künstlerinnen und Künstler dem Publikum mit ihren Darbietungen und ausgestellten Arbeiten an diesem besonderen Abend. Wir FREIE WÄHLER werden im Landtag auch weiter der Staatsregierung in Sachen Kulturförderung ordentlich Druck machen. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

#BILDUNG_DIGITAL

Bayern braucht eine nachhaltige Digitalisierungs-strategie!

Bereits heute hat die Digitalisierung unser Leben nachhaltig verändert. Für künftige Generationen muss ein reflektierter und kreativer Umgang mit digitalen Produkten genauso zur Kulturtechnik gehören wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und die Beschäftigungsfähigkeit. Nur kritische und kompetente Nutzer können sich in einer digitalen Welt dauerhaft zurechtfinden. Wenn wir in diesem wichtigen Bereich den Anschluss an andere OECD-Länder nicht verlieren wollen, muss Bayern besser werden, was den Einzug der Digitalisierung in die Klassenzimmer und Hörsäle angeht. Dazu gehört neben einer entsprechenden Ausstattung der Schulen auch der gezielte Aufbau digitaler Expertise bei den Lehrkräften.

Deshalb wollen wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Schülerinnen und Schülern eine umfassende digitale Bildung ermöglichen. Wir sehen die digitalen Medien im größeren Kontext der Persönlichkeits-, Demokratie- und Wertebildung. Der Einsatz digitaler Technik im Unterricht darf also keinesfalls Selbstzweck sein.

Phänomene wie Cybermobbing, aber auch die Beeinflussung von Verhalten, Meinungen und Identitäten durch die sozialen Medien sind Beispiele dafür, dass allein technisches Wissen im Umgang mit diesen Medien für ein gelingendes Leben in der digitalen Gemeinschaft nicht ausreicht. Vielmehr müssen wir den Schülerinnen und Schülern Orientierung und ein stabiles Wertegerüst vermitteln, damit sie sicher durch die Onlinewelt navigieren können.

Gerade angesichts des Gefahrenpotenzials z. B. durch sogenannte Fake-News gilt es, digitale Selbstkontrolle und das Problembewusstsein bezüglich der Flut an digitalen Angeboten im Rahmen der Schule zu fördern. In die IT-Bildung an allgemeinen und berufsbildenden Schulen, aber auch Hochschulen muss daher insgesamt mehr investiert werden.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir dazu ein umfangreiches Antragspaket eingebracht. Im Einklang mit einem zeitgemäßen pädagogischen Konzept für den Informatikunterricht könnten wir so einen Durchbruch in der digitalen Bildung erreichen. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Bildungspolitischer Sprecher, Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

AUS DER KOMMUNALPOLITIK IN DEN LANDTAG

Unterbringung anerkannter Asylbewerber

Ein Brief von Sozialministerin Emilia Müller sorgt für Unruhe in den Kommunen. Müller hatte an die kommunalen Spitzenverbände, also den Bayerischen Landkreistag, den Bayerischen Städtetag und den Bayerischen Gemeindetag, geschrieben und die Verbände aufgefordert, Wohnraum zu schaffen, damit die anerkannten Flüchtlinge aus den staatlichen Unterkünften ausziehen können. Müller nimmt damit die Kommunen in die Pflicht, sogenannte Fehlbeleger, das heißt anerkannte Asylbewerber in Asylunterkünften, verstärkt in den örtlichen Wohnungsmarkt zu integrieren, schließlich befänden sich diese als „Gemeindebürger“ auch im Verantwortungsbereich der jeweiligen Gemeinde.

Nach Schätzungen des Ministeriums gibt es derzeit bayernweit rund 33.000 sogenannte Fehlbeleger, Tendenz steigend. Bis zu 70.000 anerkannte Flüchtlinge sind Prognosen zufolge bis Ende des Jahres auf der Suche nach Wohnraum in Bayern. Bislang werden diese Menschen vom Freistaat in den Unterkünften geduldet, weil sie sich schwertun, auf dem freien Wohnungsmarkt eine Bleibe zu finden. Müller betont in ihrem Schreiben, dass das eine freiwillige Unterstützung des Freistaats sei und keine Dauerlösung sein könne.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion werden wir nicht einfach hinnehmen, dass sich der Freistaat jetzt aus der Verantwortung stehlen will. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, für anerkannte Asylsuchende weiterhin die Verantwortung zu übernehmen. Wir sehen sie in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass die sogenannten „Fehlbeleger“ und ihre Familien nicht in Obdachlosigkeit geraten und die Unterbringung der Menschen auf einem angespannten Wohnungsmarkt nicht ausschließlich zulasten der Kommunen geht. Dazu haben wir auch einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag ins Plenum eingebracht.

Zur Schaffung von Wohnraum sind für die Kommunen Renovierungs- und Sanierungsprogramme notwendig sowie Förderprogramme zur Errichtung von Neubauten. Dafür werden wir uns in Zukunft verstärkt einsetzen. ■

„Wir haben in Bayern bereits einen sehr angespannten Wohnungsmarkt. Für Tausende anerkannte Asylbewerber wird es daher schwierig bis unmöglich, auf dem freien Markt eine Wohnung zu finden.“

Joachim Hanisch, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher

Kinderfeuerwehr

Nachwuchs für morgen

Der demographische Wandel macht auch vor den Feuerwehren nicht Halt. Die nachkommende Generation an Jugendlichen ist absehbar bedeutend kleiner und damit steigt auch der „Wettbewerb“ zwischen den verschiedenen Jugendverbänden um Mitglieder. Bisher konnten Kindergruppen bei Feuerwehren erst ab dem 12. Lebensjahr gebildet werden. Nun hat der Gesetzgeber im kürzlich in Kraft getretenen Feuerwehrgesetz auch die Gründung von Kinderfeuerwehren für Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren verankert. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion begrüßen wir diese Neuerung ausdrücklich. Damit haben die Mitglieder der Kinderfeuerwehren automatisch auch einen Versicherungsschutz.

Bei einem Besuch der Kinderfeuerwehr in Lenting konnte ich mich vor Ort informieren, wie die Arbeit mit den Kindern konkret aussieht. Durch spielerisches Erklären und gezielte Fragestellungen zur Feuerwehr sowie dem Suchen von Feuerwehrausrüstungen im Feuerwehrfahrzeug führt die Leiterin Therese Ulrich die Kinder spielerisch an das Thema Feuerwehr heran.

„Es ist sehr wichtig, dass wir die Kinder schon sehr früh an die Feuerwehr heranholen. Wir brauchen auch künftig gut ausgebildete Feuerwehrfrauen und -männer.“

Damit Kinderfeuerwehren auch in anderen Kommunen gegründet werden können, ist nicht nur der Wille allein ausreichend, Betreuer und Feuerwehren müssen vielmehr entsprechend pädagogisch ausgebildet und mit Unterrichtsmaterial ausgestattet werden.

Ich verspreche, dass ich mich im Landtag dafür einsetzen werde, dass von staatlicher Seite nicht nur die rechtliche Voraussetzung für Kinderfeuerwehren geschaffen wird, sondern auch künftig entsprechende finanzielle Unterstützung und Ausbildungsmöglichkeiten für die Betreuer angeboten werden. ■

Eva Gottstein, MdL
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Eva Gottstein, MdL, und die Mitglieder der Kinderfeuerwehr Lenting bei einem Vortrag zum Thema Brandschutz.

FRAKTION VOR ORT ...

... in Simbach am Inn

Ein Jahr nach der Flutkatastrophe informierten sich Jutta Widmann, MdL (3. v. l.), sowie Fraktionschef Hubert Aiwanger (2. v. l.) über die Hochwasserschutzmaßnahmen der Stadt. Die FREIEN WÄHLER fordern ausreichend Personal bei den Ämtern für ländliche Entwicklung sowie bei den Wasserwirtschaftsämtern. Außerdem müsste sich der Freistaat mit 90 Prozent an der Finanzierung kommunaler Hochwasserschutzprojekte beteiligen.

... in Würzburg

Vor einem brechend vollen Saal berichtete der renommierte Pflegekritiker Claus Fussek über die Missstände in Pflegeheimen und appellierte für eine Politik des Hinschauens, der Offenheit und Transparenz. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzt sich für eine grundlegende Neugestaltung des Kontrollsystems ein und hat dazu bereits einen Dringlichkeitsantrag in den Bayerischen Landtag eingebracht.

Unsere Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und Dr. Hans Jürgen Fahn mit Manfred Dülk, (l.) und Pflegekritiker Claus Fussek (2. v. r.).

ABGEORDNETE IM PORTRÄT: JOACHIM HANISCH

„Ich engagiere mich politisch, weil es mir Spaß macht!“

Joachim Hanisch
Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport
Geboren am 25. Mai 1948
Wohnort: Bruck in der Oberpfalz (Landkreis Schwandorf)
Verheiratet
Beruf: Verwaltungswirt (FH)

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich …
… die Gesetze mit einem Haltbarkeitsdatum versehen.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich …
… wieder die Tätigkeit des Bürgermeisters wählen.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich …
… eine Woche Schulzeit für die Mitarbeit der Schüler auf kommunaler Ebene oder in der Landespolitik verwenden.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich …
… einen Western nach dem anderen laufen lassen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich …
… ihm die Naturwunder der Oberpfalz empfehlen.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich …
… relaxen, sporteln und einen Grillabend mit Freunden verbringen.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich …
… für Frieden in der Welt sorgen.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich…
… sie momentan noch nicht benutzen.

KURZ BERICHTET

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion gratuliert!

Zuwachs bei den FREIEN WÄHLERN im EU-Parlament: Arne Gericke ist neuer Europaabgeordneter der FREIEN WÄHLER. Der 52-jährige Rostocker hat die Familien-Partei Deutschlands verlassen und bildet nun zusammen mit seiner neuen Parteikollegin Ulrike Müller die „Europagruppe der FREIEN WÄHLER“. Mit Arne Gericke stärken die FREIEN WÄHLER ihr familienpolitisches Profil und ihre Schlagkraft im Europäischen Parlament.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion begrüßen wir diesen personellen Zuwachs und freuen uns auf eine intensive und fruchtbare Zusammenarbeit. ■

„Ich freue mich auf die Arbeit im neuen Team der Europagruppe. Wir werden die bislang schon gute Zusammenarbeit weiter ausbauen, um mehr für Menschen und Regionen in Europa zu erreichen.“ (Ulrike Müller, MdEP)

„Ich stehe für eine Politik des Anpackens und für ein Europa, das den Bürger wieder ernst nimmt!“ (Arne Gericke, MdEP)

... WAS SONST NOCH LOS WAR ...

Dienstag, 18.April

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion reicht einen **Änderungsantrag zur Novellierung des Feuerwehrgesetzes** ein. Wir fordern, die Altersgrenze für den ehrenamtlichen aktiven Feuerwehrdienst den rentenrechtlichen Bestimmungen anzupassen und auf das 67. Lebensjahr zu erhöhen.

Dienstag, 20. Juni

Mit einem erfolgreichen Dringlichkeitsantrag fordern die FREIEN WÄHLER die Staatsregierung auf, sich für einen vollkommenen **Abbruch der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei** einzusetzen und sicherzustellen, dass die von der EU zur Verfügung gestellten Heranführungs-Milliarden nicht länger dazu dienen, den türkischen Staat mit seinem antiliberalen Kurs zu unterstützen.

Mittwoch, 5. Juli

Mit einem weiteren erfolgreichen Dringlichkeitsantrag fordern die FREIEN WÄHLER die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Bewusstsein der Autofahrer zur **Bildung von Rettungsgassen** gestärkt wird. Dies muss auch durch eine deutliche Anhebung des Bußgelds und mittels Verhängung von Fahrverboten untermauert werden. Fahrer, die Rettungsdienste behindern, sollten zukünftig auch mit Punkten in Flensburg und einem entsprechenden Fahrverbot rechnen müssen.

Zahl des Quartals

2,5 Tonnen Kohlenstoffdioxid (CO_2) lassen sich mit dem Einsatz von Rapsöl aus einem Hektar Anbaufläche (1.600 l) gegenüber derselben Menge Diesel einsparen.

Sie sind noch kein Abonnent der Fraktionszeitung der FREIEN WÄHLER Landtagsfraktion? Das können Sie hiermit ändern!

Senden Sie uns das ausgefüllte Formular an FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Max-Planck-Str. 1, 81675 München oder schicken Sie uns eine E-Mail an **info@fw-landtag.de** oder ein Fax an **089 4126-1643**.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname

Name

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

E-Mail

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zweck der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z.B. per E-Mail an **info@fw-landtag.de**, widerrufen.

Datum, Unterschrift